Naunhofer Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna und Umgegend.

Bezugspreis:
Frei ins Haus durch Austräger Mk. 1.20 vierteljährlich.
Frei ins Haus durch die Post Mk. 1.30 vierteljährlich.

Mit einem **Illustrierten Sonntagsblatt** und **Landwirtschaftliche Beilage.** Letztere alle 14 Tage.

Verlag und Druck: Günz & Eule, Naunhof.
Redaktion: Aug. Franz Hauschild, Naunhof.

Ankündigungen:
Für Inserenten der Amtshauptmannschaft Grimma 10 Pfg. die fünfgespaltene Zeile, an erster Stelle und für Auswärtige 12 Pfg.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Naunhofer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluß der Anzeigenannahme: Vormittags 11 Uhr am Tage des Erscheinens.

Nr. 113. Mittwoch, den 20. September 1905. 16. Jahrgang.

Die Anträge zum Parteitag.

Mit nicht weniger als 120 Anträgen und Beschlüssen wird sich der sozialdemokratische Parteitag in Jena zu befassen haben. Davon bezieht sich allerdings ein großer Teil, nämlich 54, auf den zur Erörterung stehenden Entwurf einer Neuorganisation der Partei. Dieser Entwurf strebt eine festere Zusammenfassung der Partei an, um die Mitglieder zu einem gefügigen Werkzeug in der Hand des Parteivorstandes zu machen, bei dem alle Fäden zusammenlaufen. Insbesondere hat dieser „die prinzipielle Aufklärung und Schulung der Parteigenossen zu fördern", d. h. dafür zu sorgen, daß niemand in der Partei eine andere Meinung hegt oder äußert, als die, welche von der Partei gutgeheißen ist. Damit in Zukunft nicht wieder „Genossen" von der milden Richtung in den Reichstag gewählt werden, soll dem Parteivorstand die Entscheidung über Meinungsverschiedenheiten zustehen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaten zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder Vorständen der Landesorganisationen ergeben." Für die Herbeiführung der nötigen Meinungsverschiedenheiten, welche zum Einschreiten Anlaß geben sollen, ist keine Anweisung beigefügt, anscheinend weil man auch ohne eine solche dem Vorstand die nötige Findigkeit dafür zutraut.

Es ist bemerkenswert, daß sich gegen den Grundgedanken dieses Entwurfes fast kein Antrag und keine Resolution richtet. Vielmehr befassen sich die Anträge im großen und ganzen mit Einzelheiten, die keine weitergehende Bedeutung haben. Das heißt aber, daß die Sozialdemokratie fest entschlossen ist, mit allen Mitteln die Scharte, die ihr die letzten Reichstagsnachwahlen gebracht haben, auszuwetzen, und daß ihr hierfür kein Opfer, selbst nicht das der eigenen Ueberzeugung und der freien Meinungsäußerung zu hoch ist.

Mehrere Anträge befassen sich mit der Wühlerei unter der Jugend; für diese sollen nach Möglichkeit besondere Jugendorganisationen geschaffen werden. Vor allem aber soll die Saat der sozialdemokratischen Irrlehre in der Erkenntnis, daß das Heer die festeste Stütze der bestehenden Verhältnisse ist, jahraus jahrein unter der zur Aushebung gelangenden Jugend ausgestreut werden. So fordert ein Antrag, daß besonders zu diesem Zwecke in jedem Jahre vor der Aushebung öffentliche Versammlungen abzuhalten seien, wo die jungen Leute „speziell über ihre sogenannten „Rechte" als Soldat aufgeklärt werden, ferner daß zu dieser Zeit Flugblätter desselben Inhalts verbreitet werden und darauf hingewiesen wird, daß sie von dem sogenannten „Beschwerderecht" den ausgiebigsten Gebrauch machen sollen. Durch die Aufklärung in dieser Weise würden die jungen Leute erst sehen, wie die Dienstvorschriften von den Vorgesetzten gehandhabt werden, und einen Abscheu vor dem Militarismus bekommen." Ein weiterer Antrag, der von den „Genossen" des 15. sächsischen Wahlkreises ausgeht, fordert die Verbreitung einer Flugschrift, in der über die Frage „wie kann sich ein Soldat vor Strafe und Mißhandlungen schützen?" Aufschluß gegeben wird und Militärgerichtsurteile enthalten sind.

Diese Anträge gehören zu den beliebten Mitteln der Partei, um das Heer in ein ungünstiges Licht zu stellen, während dieses gerade in Deutschland seit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht eine Schule des Mannesmutes und des Mannesstolzes ist, und die leitenden Behörden andauernd bestrebt sind, Ausschreitungen und Soldatenmißhandlungen auszumerzen. Wie sich der Soldat vor Strafe und Mißhandlungen schützen kann, das braucht er nicht durch sozialdemokratische Flugblätter zu lernen, das lernt er in der Instruktionsstunde. Wo die Roheiten aber zu Hause sind, das bezeugen die sozialdemokratischen Jungbrunnentage, auf denen sich die Führer der Roten weniger gewählt behandeln, als der Offizier oder Unteroffizier den Rekruten.

Unter den 120 Anträgen und Resolutionen, die das „Arbeiterparlament" in seinen „Tagungen der Gründlichkeit", wie der „Vorwärts" schreibt, bearbeiten soll, befinden sich insgesamt zwei, die sich mit sozialpolitischen Fragen befassen — ein Zeichen, wie wenig die Sozialdemokratie für das Wohlergehen der Arbeiter übrig hat.

Einigung zwischen Schweden und Norwegen.

Die Verhandlungen der schwedischen und der norwegischen Delegierten in Karlstad haben erfreulicherweise zu einem Einverständnis über die Hauptfragen geführt, wodurch die in den letzten Tagen so viel erörterte Kriegsgefahr beseitigt und der Weg zur endgültigen friedlichen Auflösung der Union geebnet ist. Eine offizielle Mitteilung, die noch am Abend des Sonnabend in Karlstad bekannt gegeben wurde, besagte, es sei Grund zu der Hoffnung vorhanden, daß die schwedisch-norwegischen Verhandlungen binnen kurzem zu einem positiven Resultat führen würden. Den Eindruck dieser Meldung in der norwegischen Hauptstadt schildert folgender Spezial-Drahtbericht an den Berl. Lokalanzeiger:

Christiana. Der allgemeinen Stimmung wird von der Zeitung Verdens Gang wie folgt Ausdruck gegeben: „Die mit so großer Spannung erwartete Botschaft ist endlich gekommen. Die Verhandlungen in Karlstad haben zu friedlicher Uebereinkunft geführt. Sie wird von dem überwiegenden Teile der beiden Völker, deren Gegenwart und Zukunft diese Entscheidung aufs nächste angeht, mit tiefer Zufriedenheit empfangen. Die ganze zivilisierte Welt wird diesen Ausgang mit voller Sympathie begrüßen. Zwei nordische Völker haben einen der ernsthaftesten Konflikte, wie es Kulturnationen geziemt, gelöst. Nur wenige Monde sind dahin gegangen, seitdem wir den Weg der Selbständigkeit betraten, welcher an viele Abgründe hätte führen können. Alles ist ruhig verlaufen, so ruhig schön, daß wir bisweilen nicht an die großen Begebenheiten, in deren Schatten wir uns befanden, haben glauben können. Kein Tropfen Blut fleckt diese Scheidung, welche das fruchtbare Zusammenwirken beider politisch getrennter Völker fördern wird. Norwegen kann sein eigenes Leben an der Seite der nordischen Verwandten leben. Wir sind nahe dem Tage, wo das Selbständigkeitswerk vollständig vollbracht ist. Wir wenden, indem wir die Botschaft empfangen, zuerst unsere Gedanken mit dankbaren Grüßen an unsere Staatsgewaltsvertreter während der Verhandlungen. Das Resultat ist im einzelnen noch unbekannt, wird auch nicht derartig ausfallen, wie es die Norweger gewünscht haben. Sicher ist aber, daß es dem, was Menschenmacht vermag, entspricht, weder unsere Würde kränken noch unsere Selbständigkeit schmälern kann; sonst wäre keine Uebereinkunft zustande gekommen."

Südwestafrika.

Da der von General Trotha beabsichtigte konzentrische Angriff gegen Witboi infolge der nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten bietenden örtlichen Verhältnisse nicht durchgeführt werden kann, müssen die einzelnen Abteilungen versuchen, den ihnen gegenüberstehenden Gruppen des Feindes nach Möglichkeit Abbruch zu tun. Die nördlichste dieser Abteilungen, die den Vormarsch aus der Linie Zaris-Nam, 30 Kilometer westlich Grootfontein, angetreten und 45 Kilometer in westlicher Richtung zurückgelegt hatte, ist dort auf den Gegner gestoßen und hat ihn nach schwerem Gefecht geworfen. Amtlich wird hierüber gemeldet:

Major Meister schlug am 13. September den Feind westlich Haruchas. Nach sechsstündigem Aufstieg in dem steilen Gebirge und heftigem, fünfstündigem Gefecht, bei dem es zum Kampfe Mann gegen Mann kam, wurden die Hottentotten aus ihren starken Stellungen geworfen. Einem Teil gelang es, in nordwestlicher Richtung in Gebirgsschluchten zu entkommen. Die Verfolgung wird fortgesetzt. Der Feind ließ 60 Tote auf dem Gefechtsfelde liegen. Auf unserer Seite fielen zwei Reiter, verwundet wurden Major Märcker, Schuß in die linke Schulter, Oberarzt Korsch schwer, und 10 Reiter.

Daß die Verfolgung in das unbekannte Sandfeld an unsere tapferen Truppen noch größere Anforderungen stellt als diese mühseligen Kämpfe, weiß man aus den vorjährigen Vorgängen im Hererolande zur Genüge. Die Witboi sind mit den ausschlaggebenden Wasserverhältnissen des Landes ohne Zweifel völlig vertraut und haben schon aus diesem Grunde vor ihren Verfolgern einen bedeutenden Vorteil voraus. Trotzdem werden diese auch vor den härtesten Anstrengungen und Entbehrungen gewiß nicht zurückschrecken, solange ihnen die Hoffnung winkt, den landeskundigen Feind abermals zum Kampfe zwingen und ihn entscheidend schlagen zu können.

Ostafrika.

Dort sind alle Maßnahmen getroffen, um nach Kräften den überall auflodernden Aufstand zu bekämpfen. Wie Gouverneur Graf von Götzen unter dem 16. d. M. telegraphiert, ist die Marine-Infanterie aus dem österreichischen Lloyddampfer „Körber" am vorigen Sonnabend in Dar es Salam gelandet worden. Zur Beruhigung der Bezirke Lindi, Kilwa und Mrogoro werden größere Detachements der Schutztruppe vorgeschoben, die ihren Rückhalt in kleineren Abteilungen der an festen Punkten bleibenden Marine-Infanterie haben werden. Die Innenstationen, die vorläufig sich selbst überlassen bleiben müssen, erscheinen auch zu Offensivvorstößen stark genug. In den Bezirken Mahenge und Iringa sind einzelne Teile der Bevölkerung aufständisch. Die in Iringa stehende Kompagnie der Schutztruppe hatte unter Hauptmann Nigmann in den Uhehengwe-Randbergen ein siegreiches Gefecht. Die Wahehe-Häuptlinge befinden sich bei Hauptmann Nigmann. Die Station Iringa selbst ist gesichert.

Vorbeugungsmaßregeln gegen die Cholera.

Das Königliche Ministerium des Innern macht folgendes bekannt.

Da es im Hinblick auf das vereinzelte Auftreten der Cholera in entfernten Teilen des Reiches immerhin nicht völlig ausgeschlossen scheint, daß einzelne Fälle auch nach dem Königreich Sachsen eingeschleppt werden können, nimmt das Ministerium des Innern Veranlassung, die Polizeibehörden auf die ihnen bei dem Auftreten der Cholera obliegenden Verpflichtungen noch besonders hinzuweisen und sie anzuhalten, vorkommendenfalls die Vorschriften des Gesetzes betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900 (RGBl. S. 306) und die Ausführungsbestimmungen zur Bekämpfung der Cholera (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 24. Februar 1904 — RGBl. S. 61) [illegible] durch Verordnung [illegible] März 1904 — 348 II M — den Polizeibehörden als Richtschnur empfohlene, im Bundesrate festgestellte Anweisung zur Bekämpfung der Cholera nochmals aufmerksam gemacht.

Ganz besonders ist darauf zu achten, daß die durch §§ 1 ff. des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1900 vorgeschriebene Anzeigepflicht bei Erkrankungen an Cholera und choleraverdächtigen Erkrankungen strengstens eingehalten wird.

Wichtig für die Bekämpfung der Cholera ist die möglichst schnelle Feststellung der Krankheit durch bakteriologische Untersuchung Als Untersuchungsstellen sind bestimmt: die Zentralstelle für öffentliche Gesundheitspflege zu Dresden, das pathologische Institut der Stadt Dresden (nur für den Bezirk der Stadt Dresden) und das hygienische Institut der Universität Leipzig. Die behandelnden Aerzte können zu schnellerer Feststellung wesentlich dadurch beitragen, daß sie mit möglichster Beschleunigung Untersuchungsmaterial an die vorerwähnten Untersuchungsstellen einsenden, auch schon bevor der beamtete Arzt in Tätigkeit getreten ist.

Zur Frage der Fleischteuerung

weiß eine Dresdener Korrespondenz zu melden, daß schon seit einigen Wochen zwischen dem sächsischen Ministerium des Innern und dem sächsischen Finanzministerium einerseits und den maßgebenden Stellen in Berlin andererseits Verhandlungen schweben, die auf Erleichterungen bezüglich der Einführung von Vieh in lebendem resp. in geschlachtetem Zustande in die deutschen Bundesstaaten hinzielen. Es sind hierbei sowohl Erleichterungen in zolltarifischer als auch in veterinärpolizeilicher Hinsicht ins Auge gefaßt worden. Bereits vor einigen Wochen hat ferner die sächsische Staatsregierung die Kreishauptmannschaften angewiesen, Erhebungen bezüglich der Viehpreise und des Fleischkonsums anzustellen und hierdurch die notwendigen statistischen Unterlagen für eine Weiterverfolgung der Angelegenheit von deren Dringlichkeit man auch in Regierungskreisen vollkommen überzeugt ist, zu beschaffen. Diese Ermittlungen dürften in kurzer Zeit abgeschlossen sein. Vor allen Dingen wird man wahrscheinlich darauf kommen, die Zollsätze für geschlachtetes Vieh, die jetzt pro 100 Kilo 18 Mark betragen, in entsprechender Weise herabzusetzen. Hierdurch würde die Einfuhr von Fleisch erleichtert und der deutsche Viehbestand würde vor Verseuchungsgefahr geschützt. Ein selbständiges Vorgehen Sachsens ist selbstverständlich nach Lage der Sache vollständig ausgeschlossen, sondern es können die entsprechenden Maßnahmen nur im Einverständnis mit dem Reichskanzleramt in Berlin erfolgen. Uebrigens ist dem Königlichen Ministerium des Innern namentlich in den letzten Wochen zahlreiches Material über die Fleischteuerung insbesondere aus interessierten Kreisen zugegangen, das erst noch durch die amtlichen Erhebungen vervollständigt werden soll. Auch [illegible] Petitionen aus Stadt und Landgemeinden entgegengenommen. Uebrigens glaubt man doch an maßgebender Stelle, daß Kälber in kurzer Zeit wieder zu den früheren Preisen für das Schweinefleisch wieder nach und nach auf das normale Maß zurückgehen werden. Die Preise des Rind- und Kalbfleisches dagegen dürften [illegible] noch einige Zeit auf ihrer jetzigen Höhe bewegen.

Rundschau.

[illegible] vom 10. bis 16. September sind im preußischen Staate 10 choleraverdächtige Erkrankungen und 2 Todesfälle, [illegible] 17. des [illegible] Erkrankungen und 1 Todesfall an Cholera amtlich gemeldet worden. Von den früher gemeldeten choleraverdächtigen Erkrankungen ist